

***"Erinnerung ist Erinnerung an etwas Vergessenes."*¹ Die Wiederentdeckung der jüdischen Geschichte in einer Kleinstadt der österreichischen Provinz.**

Eva Grabherr

Im Frühjahr 1995 fanden in Vorarlberg Gemeinderatswahlen statt. Wer sich in diesen Wochen dem Stadtzentrum von Hohenems näherte, wurde an dessen Eingang von einer hohen Plakatwand empfangen. Der amtierende Bürgermeister ließ dort verkünden, daß an dieser Stelle noch immer eine Brandruine stehen würde, wäre es nach dem Willen eines führenden Oppositionspolitikers gegangen. Diese Plakatwand markierte im Wahlkampfjahr 1995 einen Ort, der jahrelang im Zentrum erbitterter Streitereien und Diskussionen gestanden war.

Den Kontext dieser Wahlkampfaussage bildeten die Diskussionen um die Erhaltung bzw. den Abbruch des 1821 von einer jüdischen Familie erbauten "Bernheimer-Hauses".

Bereits 1989 wurde über dieses Gebäude öffentlich diskutiert. "Kein Denkmal, also Abbruch" titelte damals eine Tageszeitung und berichtete über die Pläne des Besitzers, das mächtige städtische Doppelhaus am Eingang zum historischen Zentrum von Hohenems abreißen und an seiner Stelle eine Tankstelle errichten zu lassen.² Auf die Vorwürfe, er würde zulassen, daß "wertvolles jüdisches Baugut" zerstört werde, verwies der dazu befragte damalige Bürgermeister auf das Bundesdenkmalamt, das das Gebäude nicht als Denkmal klassifizieren wollte, da in den fünfziger Jahren zu starke Veränderungen an der Außenfassade vorgenommen worden wären.³

Drei Jahre später, im Frühjahr 1992, geriet es erneut in den Mittelpunkt lokalpolitischer Auseinandersetzungen. Mittlerweile hatte sich eine Initiative zur Erhaltung des Gebäudes gebildet. In ihrem Auftrag erstellte der Architekt Roland Gnaiger eine Expertise über die architektonischen und städtebaulichen Qualitäten des "Bernheimer-Hauses". Ein wichtiger Betreiber war der Vizebürgermeister der Stadt, politischer Gegenspieler des amtierenden Bürgermeisters und jener Oppositionspolitiker, auf den die Aussage des oben erwähnten Wahlkampfplakates aus dem Frühjahr 1995 gemünzt war. Die Initiative formierte sich als Denkmalschutzbeirat der Stadt und versuchte, das Bundesdenkmalamt erneut mit der Sache zu befassen sowie eine Klassifizierung des Gebäudes als Denkmal (und daher erhaltenswürdig) zu erreichen. Das

* Gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der im Wiener Jahrbuch für jüdische Geschichte, Kultur & Museumswesen (Bd. 2, 1995/1996) erschienen ist. Dort finden sich ausführliche Quellenzitate und Literaturhinweise.

1 Y. H. Yerushalmi: Über das Vergessen, in: ders.: Ein Feld in Anatot. Versuche über jüdische Geschichte, Berlin 1993, S. 11-20, hier S. 13.

2 In: Neue Vorarlberger Tageszeitung, 17.2.1989.

3 Ebda.

Bundesdenkmalamt entschied sich diesmal - sehr zum Ärger des Besitzers, der seine Abbruchpläne in Gefahr sah, - für die Einleitung eines Verfahrens zur Unterschutzstellung.

Im Sommer 1992 setzte ein Brand dem stattlichen Bürgerhaus stark zu. Der Denkmalschutzbeirat und das Bundesdenkmalamt betrieben dennoch die Unterschutzstellung, was zu weiteren heftigen Auseinandersetzungen mit dem Hausbesitzer führte. Der Bürgermeister unterstützte zunächst die Pläne zur Unterschutzstellung, betrieb aber dann den Abbruch. Als Argument diente ihm eine mögliche Gefährdung von Passanten durch das angeblich vom Einsturz bedrohte Gebäude, und so wurde es im Frühjahr 1994 abgerissen.

Die Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Gebäudes waren zu diesem Zeitpunkt schon längst auch außerhalb von Hohenems ein Thema, denn die regionalen Medien hatten ausgiebig davon berichtet. Dieses weitreichende Interesse galt aber weniger dem Pokerspiel innerhalb der Stadtregierung oder zwischen dem Bürgermeister und dem Besitzer um die Erhaltung bzw. den Abriß eines alten Gebäudes, als vielmehr dem Umstand, daß sich der Konflikt zu einer generellen Diskussion über den Umgang mit dem jüdischen Erbe der Stadt in Form des erhalten gebliebenen jüdischen Viertels ausgeweitet hatte. So hatte der Denkmalbeirat der Stadt im Frühjahr 1993 im Kontext seiner Bemühungen um die Erhaltung des "Bernheimer-Hauses" das Bundesdenkmalamt dazu bewogen, die Prüfung auf Unterschutzstellung auf das gesamte Ensemble des ehemaligen jüdischen Viertels auszudehnen.

Das kulturelle Erbe der jüdischen Geschichte in Hohenems

Das jüdische Viertel und der jüdische Friedhof sind Teil des kulturellen Erbes der mehr als 300-jährigen jüdischen Geschichte der Stadt. Zusammen mit der ehemaligen Christengasse bildet die frühere Judengasse bis heute das historische Stadtzentrum von Hohenems. Die beiden Gassen wurden bereits im 19. Jahrhundert als markantes Phänomen erlebt: "Der Flecken H. im südlichen Deutschland hat bloß zwei regelmäßige Straßen", beschreibt der jüdische Erzähler Wilhelm Frey 1857 seinen Geburtsort Hohenems in der Erzählung "Das bunte Haus": "Die eine derselben heißt Christengass', die andere Judengass'."⁴ Auf die markante bauliche Struktur des Ortes verweist auch der Historiker Joseph Bergmann in seinem Aufsatz "Über Hohenems und die dortige Judengemeinde": "Hohenems, oder gemeinhin Ems, ein wohlgebauter Marcktflecken in Vorarlberg, ..., hat zwei Hauptgassen, die lange, gerade Christen- und die vom Berge entfernter gelegene Judengasse."⁵

Die "Christengasse" wurde bis ins 19. Jahrhundert ausschließlich von Christen bewohnt, während die davon abzweigende "Israelitengasse" oder "Judengasse" durch das jüdische Viertel führte. Beide Gassen erhielten 1909 neue Straßennamen: Die "Christengasse" wurde zur "Marktstraße", die vormalige "Judengasse" hieß ab

4 W. Frey: Das bunte Haus, in: ders.: Erzählungen für die reifere Jugend und ihre Kreise (= Israelitische Volks-Bibliothek, IV), Leipzig 1857, S. 35-67, hier S. 35. Den Hinweis auf diese Erzählung verdanke ich Bernhard Purin.

5 J. Bergmann: Über Hohenems und die dortige Judengemeinde, die einzige in Tyrol und Vorarlberg, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichts- und Staatskunde, Nr. 99 (10. Dezember 1836), S. 394-395, hier S. 394.

diesem Zeitpunkt nach zwei jüdischen Familien "Brunnerstraße" und "Steinachstraße". Diese Namensgebung nach jüdischen Familien ist um so bemerkenswerter, als zu Beginn des 20. Jahrhunderts - infolge der Abwanderung zahlreicher Mitglieder der jüdischen Gemeinde - in vielen ehemals jüdischen Häusern dieser Gasse bereits christliche Familien gewohnt haben.

1938-1945: "Die Ausmerzungen der Erinnerungsstätten ehemaliger jüdischer Herrschaft in Hohenems" als Ziel der NS-Gemeindepolitik

Die Politik der nationalsozialistischen Gemeindegliederung zielte nicht nur auf die Ausgrenzung und später die Vertreibung der Juden aus Hohenems, sie legte "auch Wert darauf", so der NS-Bürgermeister Wolfgang, die "Erinnerungsstätten ehemaliger jüdischer Herrschaft in Hohenems auszumerzen."⁶ Die Gebäude und Liegenschaften der Kultusgemeinde (Synagoge, Rabbinerhaus, Schulhaus und Friedhof) wurden beschlagnahmt, später "arisiert" und neuen Nutzungen zugeführt. Jene Straßennamen, die auf jüdische Familien oder die jüdische Geschichte des Ortes verwiesen, wurden umbenannt. So auch die ehemalige Judengasse, die 1938 nach einem "Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung" aus dem Gau Tirol-Vorarlberg "Friedrich-Wurnig-Straße" benannt wurde.⁷ Der jüdische Friedhof im Süden der Stadt sollte aufgelöst werden. Der NS-Bürgermeister führte in dieser Hinsicht Korrespondenz mit übergeordneten Stellen, ausgeführt wurde das Vorhaben jedoch nicht.

Im Umgang mit den "Erinnerungsstätten ehemaliger jüdischer Herrschaft in Hohenems" mangelte es der NS-Gemeindegliederung an der Konsequenz, die sie bei der Vertreibung der Menschen an den Tag gelegt hatte. Die Straßennamen, die an die jüdische Geschichte des Ortes erinnerten, waren zwar (wie auch die Straßen- und Plätzeamen mit Bezug auf die Dollfuß-Ära) konsequent ausgelöscht worden, der jüdische Friedhof jedoch existierte noch und wurde nach 1945 an die Kultusgemeinde Wien und dann an die neugegründete Kultusgemeinde in Innsbruck rückgestellt. Auf dieselbe Weise verfuhr man mit der Synagoge. Das Gebäude hatte die Jahre der NS-Herrschaft mehr oder weniger überstanden. Der Plan von 1942, sie in ein Zeughaus umzubauen, war nicht ausgeführt worden.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft betrafen die Änderungen zunächst einmal wieder die Straßennamen. Der Beginn einer neuen politischen Ära mußte auch in der städtischen Topographie zum Ausdruck gebracht werden. So erhielt die "Adolf-Hitler-Straße" wieder ihren alten Namen "Graf-Maximilian-Straße", und auch der "Blutzeuge der nationalsozialistischen Bewegung", Friedrich Wurnig, nach dem 1938 die ehemalige Judengasse benannt worden war, mußte wieder aus der städtischen Topographie und damit aus dem offiziellen

⁶ Marktgemeinde Hohenems an Bezirkshauptmannschaft Feldkirch, 13.9.1938, zit. nach: W. Dreier: "Rücksichtslos und mit aller Kraft." Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945, in: ders. (Hrsg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Nr. 4), Bregenz 1988, S. 132-249, hier S. 208.

⁷ Verfügung des Bürgermeisters, 1. Straßen-Benennung, in: Hohenemser Gemeindeblatt, Jg. 1, Nr. 15 (26.6.1938).

Gedächtnis des Ortes verschwinden. Dieser Straßenzug erhielt aber nicht die alte Bezeichnung zurück. Seit 1945 lautet die Postadresse der Häuser des ehemaligen jüdischen Viertels der Stadt "Schweizer Straße".⁸

Der NS-Bürgermeister von Hohenems, der sich 1938 "die Ausmerzung" der "Erinnerungsstätten ehemaliger jüdischer Herrschaft in Hohenems" zum Ziel gesetzt hatte, war also nur bedingt erfolgreich gewesen. Die Verbannung der jüdischen Geschichte aus den Straßennamen des Ortes war ihm zwar gelungen, die Synagoge erkannte man aber auch nach Kriegsende noch als einen ehemaligen Kultbau. Die Apsis, die den Tora-Schrein im Inneren des Gotteshauses nach außen - der Straßenfront zu - deutlich machte, die runden oder bogenförmig abschließenden Fenster wie auch der Synagogenturm mit dem Davidstern auf der Spitze zeigten dies allzu deutlich. Es blieb der Zeit nach 1945 vorbehalten, dieses Zentrum ehemaligen jüdischen Gemeindelebens in Hohenems architektonisch und damit auch historisch zu neutralisieren. Die Gemeinde Hohenems erwarb das Gebäude nach seiner Rückstellung an die Kultusgemeinde Innsbruck und baute es 1954/55 - den Plänen der NS-Gemeindeverwaltung von 1942 entsprechend - in ein Feuerwehrhaus um. Die Konsequenz aber, die bei der Entfernung der Spuren an den Tag gelegt wurde, die an die alte Funktion des Gebäudes erinnerten, ist bemerkenswert und in einem größeren Kontext zu betrachten.

Nach 1945: Die Auslöschung der Spuren

Die Erinnerung an das, was geschehen war, "ist so schwer auszuhalten, daß Verleugnungen stattfinden, die sich in einer ersten Phase des unbewußten Wiederholens im Fortsetzen des Zerstörungs-Werks äußern". Diesen Schluß zog der Kulturwissenschaftler Utz Jeggle aus seiner Beobachtung der Umgangsweise mit Synagogen ehemaliger Landjudengemeinden nach 1945. "Dieser Kampf um die Erinnerung geht den Weg des Nationalsozialismus weiter und tarnt sich durch den jedermann - zumal nach dem Krieg und in den fünfziger Jahren - einleuchtenden Utilitarismus, der die Mächtigkeit der Erinnerung zweckrational kaschiert: ein Parkplatz ist in diesem System natürlich vernünftiger als die Ruine einer Synagoge."⁹ Auf Hohenems angewendet: Ein Feuerwehrhaus scheint in diesem Kontext natürlich vernünftiger als ein heruntergekommenes und die Spuren der Zweckentfremdung zeigendes Synagogengebäude. Daß die politisch Verantwortlichen der Marktgemeinde zumindest auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht wurden, die Synagoge als einen Erinnerungsort an die vernichtete jüdische Gemeinde zu erhalten, dokumentiert ein Brief des ehemaligen Oberkantors von Berlin und Präsidenten des "Allgemeinen Deutschen Kantorenverbandes" Magnus Davidsohn aus seinem Londoner Exil: "Darf ich mir den Hinweis gestatten," schreibt er 1951 an die Verwaltung der Gemeinde Hohenems, "daß es Ihrer Stadt zur Ehre gereichen würde, wenn Sie die Synagoge nicht nur als Denkmal für Salomon Sulzer, sondern auch als Zeichen Ihrer Verbundenheit mit den Märtyrern aus Ihrer Stadt

⁸ Vgl. dazu Hohenemser Strassen. Erklärt und erläutert, hrsg. vom Amt der Stadt Hohenems, (Schriftleitung: N. Peter), Hohenems 1984.

⁹ U. Jeggle: Was bleibt? Die Erbschaft der Dorfjuden und der "Judendörfer", in: Allmende 13. Jg. (1993), Nr. 36/37, S. 30-41, hier: S. 34.

und jüdischen Gemeinde umgestalten würden."¹⁰ Ein Antwortschreiben der Marktgemeinde findet sich dem Akt nicht beigelegt.

Für die Untermauerung von Utz Jeggles These, daß die Umgangsweise mit dem jüdischen Erbe nach 1945 eine Art Fortsetzung der Politik der Nationalsozialisten gewesen sei, wenn auch unter anderen Vorzeichen, könnte man sich im Falle der Hohenemser Synagoge mit dem Hinweis begnügen, daß der Umbau in ein Feuerwehrhaus 1954/55 den Plänen der nationalsozialistischen Gemeindeverwaltung von 1942 entsprochen hat. Man findet die Bestätigung aber auch in den einzelnen Umbaumaßnahmen, die aus dem ehemaligen Kultbau einen kommunalen Nutzbau werden ließen. Vergleicht man Bilder der Hohenemser Synagoge vor und nach dem Umbau der Jahre 1954/55, wird deutlich, daß die architektonische Grundstruktur des Gebäudes selbst weitestgehend erhalten geblieben ist. Die äußere Bauform des Ende des 18. Jahrhunderts im spätbarocken Stil errichteten Gebäudes mit seinem markanten Walmdach wurde kaum verändert, und auch die heutigen Funktionen der einzelnen Gebäudeteile entsprechen in gewisser Hinsicht alten Nutzungen. Der ehemalige Versammlungsraum wird gegenwärtig als Unterbringungsort für die Feuerwehrautos benutzt, und anstelle des früheren Synagogenuhrturms überragt heute ein Trockenturm für die Feuerwehrschräume das noch immer mächtig wirkende Walmdach. Auch die Eingangssituation ist beinahe unverändert: Die beiden Eingänge befinden sich noch immer an der Südseite des Gebäudes, nur führt der zum ehemaligen Versammlungsraum der Synagoge heute zu den Feuerwehrautos, der zu den ehemaligen Gemeinderäumlichkeiten in die Bereitschaftsräume und die mittlerweile hier untergebrachten Wohnungen.

Die markantesten Veränderungen fanden im ehemaligen Versammlungsraum, der vollständig ausgeräumt wurde, und an der Fassade statt. Bei ihrem Umbau wurde ein Verfahren angewendet, das die Architekturohistorikerin Thea Altaras als die "Begradigung aller Bögen" bezeichnet hat. Dies sei bei Umbauten ehemaliger Synagogen nach 1945 stets die erste Maßnahme gewesen. Für die Architekturohistorikerin folgt daraus, daß es beim Umbau der ehemaligen Synagogengebäude oft an erster Stelle darum gegangen sei, jegliche baulichen Merkmale, die an den einstigen jüdischen Kultbau erinnerten, schnell zu beseitigen.¹¹ Auch in Hohenems hat eine solche "Begradigung aller Bögen" stattgefunden. Die dreiachsige Einteilung der Ostfassade, die vom Straßenraum aus wahrnehmbar ist, wurde beibehalten, aber neu gestaltet und interpretiert. Die ehemalige Apsis im Zentrum und die sie flankierenden hohen Bogenfenster wurden von drei annähernd quadratischen Toren für die Ausfahrt der Feuerwehrautos verdrängt, die ehemals runden Lichtöffnungen darüber durch quadratische Fenster ersetzt.

Mit eher geringem baulichem Aufwand, aber sehr gezielten Veränderungsmaßnahmen war aus der ehemaligen Synagoge ein Feuerwehrhaus geworden. Eine Ahnung davon, welche Bedeutung dem Entfernen jener Elemente zukam, die an die Funktion des Gebäudes vor dem Umbau erinnern hätten können, zeigt die

¹⁰ Brief vom 11.7.1951, Sammelakt Judenbesitz in Hohenems. Rückgabe, 912/10, Stadtarchiv Hohenems. Vollständig zit. in Dreier, wie Anm. 7, S. 233.

¹¹ Th. Altaras: Synagogen in Hessen. Was geschah seit 1945? Königstein im Taunus 1988, S. 215.

Stiftungstafel und der neu gesetzte Schlußstein im Portal des alten Eingangsbereiches. Die Stiftungstafel trägt die Aufschrift: "Feuerwehr-Gerätehaus und Säuglingsfürsorge, erbaut 1954/55, Planung Gemeindebauamt Baumeister Hammer, Bürgermeister H. Amann"¹². Der Schlußstein gibt die Fertigstellung des Baus mit "1955" an. Schlußstein und Stiftungstafel sind das "Titelblatt" eines Gebäudes. Sie verweisen auf dessen Entstehung, auf Umbauten und Renovierungen und auf seine Bauherrn und Architekten. Die radikale Ausklammerung der Zeit vor 1955 aus dem "Titelblatt" des Gebäudes, das der jüdischen Gemeinde von Hohenems bis 1938 als Versammlungsraum gedient hatte, schließt daher an eine Politik an, die der NS-Bürgermeister von Hohenems 1938 mit dem Ziel der "Ausmerzungen" der "Erinnerungsstätten an die ehemalige jüdische Herrschaft in Hohenems" vorgegeben hatte. Ein solches Unternehmen konnte natürlich nach 1945 nicht mehr Ziel offiziellen politischen Handelns sein. Die sich in den Umbaumaßnahmen manifestierende Notwendigkeit der radikalen Entfernung aller Spuren, die an die Geschichte des Gebäudes vor dem Umbau erinnerten, könnte jedoch zumindest ein Hinweis darauf sein, daß die Erinnerung so schwer auszuhalten war, daß Verleugnung stattfinden mußte, wie Utz Jeggle das beschrieben hat. "Das Alte mußte insgesamt neu definiert werden, an das 'Früher' sollte so wenig wie möglich erinnern."¹³

"Erinnerung ist Erinnerung an etwas Vergessenes."

Die verstärkte Beschäftigung mit dem dialektischen Verhältnis von Erinnern und Vergessen in den letzten Jahren zeigt sich u.a. in der aktuellen Rezeption des Konzeptes vom "Gedächtnis und seinen sozialen Bedingungen" des französischen Soziologen Maurice Halbwachs (1877-1945).¹⁴ Auch der jüdische Historiker Yosef Hayim Yerushalmi zielt in seinem Aufsatz "Über das Vergessen" auf diesen Zusammenhang: "Unter Gedächtnis verstehe ich ... etwas im wesentlichen Ungebrochenes und Zusammenhängendes," erklärt er seine Begrifflichkeit, "unter Erinnerung die Erinnerung an etwas Vergessenes."¹⁵ Kein Gedächtnis aber - so Maurice Blanchot - vermag eine Vergangenheit als solche zu bewahren. Es bleibt nur das von ihr, was die Gesellschaft in jeder Epoche mit ihrem gegenwärtigen Bezugsrahmen rekonstruieren kann. Ändern sich die Bezugsrahmen, so kann vormals Vergessenes durch den kulturellen Prozeß des Erinnerns wieder in die aktuelle Form des kollektiven Gedächtnis einer Gruppe integriert werden. "Erinnerung ist Erinnerung an etwas Vergessenes", wie Yerushalmi das nennt.

Auch in Hohenems sind seit den sechziger Jahren Vorgänge zu beobachten, die auf eine solche Veränderung der Bezugsrahmen hindeuten. Diese Vorgänge belegen den Versuch, die jüdische Geschichte wieder in das Gedächtnis der Stadt zu integrieren. 1961, 1963 und 1965 wurden erstmals nach 1945 wieder Straßennamen

12 Hervorhebung durch die Verfasserin.

13 Wie Anm. 11, S. 33.

14 M. Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt a. M. 1985 (Original: Les cadres sociaux de la mémoire, erstmals 1950). Ders.: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1985 (Original: La mémoire collective, Paris 1950). J. Assmann diskutiert die Thesen von Halbwachs, in: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 34-48.

15 Wie Anm. 1.

(in neuen Siedlungsgebieten) nach jüdischen Hohenemsern benannt. 1975 erschien der erste Band einer von der Marktgemeinde Hohenems herausgegebenen Gesamtdarstellung der Gemeinde, der ein umfangreiches Kapitel zur Geschichte der Hohenemser Judengemeinde enthält.¹⁶ 1976 brachte die Marktgemeinde am Geburtshaus von Salomon Sulzer in der ehemaligen Judengasse und heutigen Schweizer Straße eine Tafel an, die daran erinnern sollte, daß der berühmte Oberkantor am Wiener Stadttempel ein Sohn der Hohenemser Jüdischen Gemeinde war. 1984 kaufte die Stadt Hohenems schließlich die Villa Heimann-Rosenthal im ehemaligen jüdischen Viertel an, für die es bereits zu diesem Zeitpunkt Pläne gab, sie auch als Erinnerungsort an die jüdische Geschichte des Ortes zu nutzen. 1986 wurde der Verein zu Errichtung des Jüdischen Museums gegründet und 1991 das Museum in der Villa eröffnet. Am Tag der Museumseröffnung ließ die Stadt Hohenems am Feuerwehrhaus eine Tafel anbringen, die seit diesem Zeitpunkt an die ursprüngliche Nutzung des Gebäudes als Synagoge der ehemaligen Jüdischen Gemeinde erinnert. Aus den ersten sporadischen Bemühungen, die jüdische Geschichte in den Kanon der zu erinnernden Geschichte des Ortes aufzunehmen, hat sich eine auf längere Dauer ausgerichtete und institutionalisierte Erinnerungsarbeit herausgebildet.

Die "Wiederentdeckung" der jüdischen Geschichte der Stadt kann besonders gut anhand der Diskussionen dokumentiert werden, die ab Anfang der siebziger Jahre zur Frage des Umgangs mit einzelnen Gebäuden des ehemaligen jüdischen Viertels geführt worden sind. 1973 wurde diese Frage - auf das Schulhaus der ehemaligen Jüdischen Gemeinde bezogen - erstmals öffentlich diskutiert. Das "Gedenkjahr" 1988 stand dann im Zeichen der Auseinandersetzung um den Umbau der Synagoge in ein Feuerwehrhaus. 1989 begann die Diskussion um den geplanten Abriß des "Bernheimer-Hauses", und 1990 flammte die Auseinandersetzung um eine neue Nutzung des ehemaligen Schulhauses der Jüdischen Gemeinde wieder auf.

Am 21. Februar 1973 erschien in einer Vorarlberger Tageszeitung ein Kommentar unter dem Titel "Vorarlbergs vergessene Juden".¹⁷ Den Anlaß für diesen Text gaben der Ankauf des ehemaligen jüdischen Schulhauses durch die Marktgemeinde Hohenems und Gerüchte, daß das Gebäude abgerissen werden sollte. "Die Diskussion über eine mögliche Schleifung der ehemaligen jüdischen Schule in Hohenems - inzwischen steht fest, daß an einen Abbruch des Gebäudes vorderhand nicht gedacht ist - ist Anlaß für einige Betrachtungen über die 'Bewältigung' jüdischer Geschichte in Vorarlberg: nach der Umwandlung der jüdischen Synagoge in Hohenems in das jetzige Feuerwehrhaus - unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg - wäre der Abbruch der jüdischen Schule (die allein vom architektonischen Gesichtspunkt vielleicht nicht sehr überwältigend ist) nun doch etwas zuviel der stillschweigenden Vergangenheitsbewältigung gewesen." Der Autor des Kommentars fordert weiter die Integration der jüdischen Geschichte des Landes in den Kanon der Landesgeschichte und die Errichtung eines Jüdischen Museums in einem der Gebäude des ehemaligen jüdischen Viertels in Hohenems. Bedeutsam an diesem Kommentar ist, daß erstmals explizit ein Zusammenhang zwischen den Häusern des Viertels und der jüdischen Geschichte des Ortes hergestellt wurde.

16 K. H. Burmeister: Die Entwicklung der Hohenemser Judengemeinde, in: Hohenems. Geschichte, hrsg. von der Marktgemeinde Hohenems (Gesamtdarstellung, Bd. 1), Hohenems 1975, S. 171-188.

17 K. Greussing: Vorarlbergs vergessene Juden, in: Neue Vorarlberger Tageszeitung (21.2.1973).

So wurden das Schulgebäude wie das Synagogengebäude im Laufe der um sie geführten Diskussionen zu Symbolen für den Umgang der Stadt mit ihrer jüdischen Geschichte. Nach 1973 verschwand das Schulhaus zunächst für Jahre aus der Diskussion, um dann ab 1990 wieder als Topos innerstädtischer Auseinandersetzungen aufzutauchen. Ein Abbruch des ehemaligen Schulgebäudes stand zwar mittlerweile nicht mehr zur Debatte, dafür aber die Nutzungskonzepte der einzelnen Streitparteien. Während ÖVP und FPÖ einen Umbau des Gebäudes in ein Probelokal für die städtische Bürgermusik im Auge hatten, setzten sich die SPÖ und die GRÜNEN für eine Nutzung durch eine Kindergruppe und Kultur- und Bildungsvereine ein. Vehement protestierten sie gegen eine mögliche Nutzung als Probelokal für die städtische Bürgermusik, da dies einen völligen Umbau des Gebäudes notwendig machen würde. Ein solcher Umbau aber - so die Gegner dieser Nutzungsvariante - käme einer Zerstörung wertvollen Kulturgutes gleich. In einem Interview erinnerte der Vorsitzende der Stadt-SPÖ und Vizebürgermeister an internationale Reaktionen, die der Umbau der Synagoge in ein Feuerwehrhaus seinerzeit hervorgerufen habe, und meinte feststellen zu können, daß es in Hohenems Leute gebe, die die Denkmäler jüdischer Kultur beseitigt haben möchten.¹⁸ Die Befürworter einer Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes durch eine Kindergruppe unterstützten ihre Forderungen auch stets mit dem Hinweis auf die ursprüngliche Funktion des Gebäudes als Schulhaus. Desweiteren verwiesen sie auf ein Angebot der Jüdischen Gemeinde von 1918, das Gebäude der Marktgemeinde Hohenems zu schenken, unter der Bedingung, daß es weiterhin für Kinder genutzt werden sollte. Mit diesen Verweisen auf die jüdische Geschichte des Gebäudes, die auch in den Medien bereitwillig aufgenommen wurden, unterstützten sie ihre aktuellen Nutzungsvorstellungen und setzten diese schlußendlich durch.¹⁹ Die Planung eines Kinder-, Kultur- und Bildungszentrums in der ehemaligen jüdischen Schule wurde in Auftrag gegeben und abgeschlossen. Das Projekt scheint aber am mangelnden Finanzierungswillen der Stadt zu scheitern.

Auch in der Auseinandersetzung um den Abbruch des eingangs schon erwähnten "Bernheimer-Hauses" gewannen die historischen Argumente, die auf die jüdische Geschichte des Hauses verwiesen, im zeitlichen Verlauf der Diskussion immer größere Bedeutung. 1989 noch hatte das Bundesdenkmalamt eine Unterschutzstellung des Gebäudes mit Argumenten, die sich auf die architektonische Qualität des Hauses bezogen, abgelehnt. 1992 - von einer Initiative angeregt, die in ihrer Argumentation in erster Linie den Konnex des Gebäudes mit der jüdischen Geschichte der Stadt betonte - war die Behörde bereit, ein Verfahren zur Unterschutzstellung einzuleiten. Wie vehement in dieser Diskussion mit historischen Argumenten operiert wurde, die sich auf die jüdische Geschichte des Hauses bezogen, zeigt die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Besitzer und der Initiative. Auf die Argumentation der Denkmalschützer, die auf die historische Bedeutung der jüdischen Bauherren und Bewohner aufbaute, antwortete der abbruchwillige Besitzer in der Form, historische Tatsachen in Frage zu stellen und die Bedeutung der Familie abzuwerten. "Dokumente, daß das Haus Radetzkystraße 7 von der Firma Bernheimer 1821 erbaut wurde, sind nicht nachweisbar. Es handelt

18 TF (= F. Tschabrun): Emser Parteienstreit um "Judenschule". Sozialdemokraten und Grüne sehen wertvolles Kulturgut zerstört, in: Vorarlberger Nachrichten (2.12.1991).

19 W. Kräutler: Kein Platz für Kinder in Emser Judenschule, in: Kurier/Chronik Vorarlberg (8.12.1991), S. 18.

sich dabei um eine reine Spekulation. Es ist auch nicht zu belegen, daß in diesem Haus im 19. Jahrhundert Juden wohnten. Daß die Familie Bernheimer hier zeitweise ihren Aufenthalt hatte, ist ebenfalls nicht schlüssig zu beweisen.", so der Besitzer in seiner Reaktion auf ein Schreiben des Bundesdenkmalamtes, und weiter: "Die im Schreiben zitierten 'Verdienste' der Bernheimer Familie halten sich in Grenzen. Die Ingerenz auf das Gemeingeschehen war mehr als bescheiden und zog sich lediglich wenige Jahre hin."²⁰

Der Denkmalschutzbeirat der Stadt, der sich für die Erhaltung des Gebäudes einsetzte, antwortete auf dieses Schreiben mit einer zehnsseitigen historischen Darstellung der Bedeutung der Familie Bernheimer, deren Wirken in der jüdischen Gemeinde und Bedeutung für die Stadt Hohenems. Noch die entferntesten Verwandten der jüdischen Besitzer wurden aufgezählt, wenn sie dazu dienen konnten, die Bedeutung dieser Familie für die Stadt zu belegen. Besonderer Wert wurde dabei auf die großen Persönlichkeiten gelegt, die durch ihr weit über die Landesgrenzen hinaus wahrgenommenes Wirken der Stadt "zur Ehre gereichten". "Kultur- und Wissenschaftsforschung werden bei den Bewohnern des Bernheimer-Hauses bis in die Gegenwart herauf immer wieder fündig: Leopold Bernheimer (1830 - 1903) war verehelicht mit Emilia Brettauer, einer Cousine der Ida Zweig, der Mutter des Schriftstellers Stefan Zweig. Dr. Stephan Bernheimer war der Sohn des Leopold Bernheimer und Emilia Brettauer. Er war ein bekannter Augenspezialist und Professor und Vorstand der I. Wiener Augenklinik. Im Jahr 1918 ist er gestorben. Selbst die Landesausstellung in Gaming über das 'Heilen' beschäftigte sich mit diesem berühmten Mann. ... Das Elternhaus aller dieser Persönlichkeiten aus der Familie der Bernheimer, die dem Namen ihrer Heimatgemeinde zur Ehre gereichten, war das Bernheimer-Haus in der jetzigen Radetzkystraße 5-7."²¹

Die Befürworter der Erhaltung des Gebäudes begründeten ihre Position auch mit architektonischen und ästhetischen Argumenten, und auch hier waren sie darum bemüht, die Besonderheit aber auch Andersartigkeit der Häuser des jüdischen Viertels zu betonen: "Mit dem Bernheimerhaus in der Radetzkystraße beginnt das Judenviertel von Norden her. Das Bernheimerhaus bildet das markante Tor zu diesem architektonisch völlig abgegrenzten Viertel. Wer von Dornbirn her nach Hohenems hereinkommt, passiert zunächst eine große Zahl von regelmäßigen Rheintalhäusern entlang der Straße. Plötzlich sieht er sich einer völlig anderen Architektur gegenüber. Die großen, harmonischen Palais der Hohenemser Juden beginnen. Und das erste von diesen ist das Bernheimerhaus, das durch seine herausragende Position den ersten großartigen Eindruck von der jüdischen Ansiedlung in Hohenems vermittelt."²² Interessant ist hier der sprachliche Duktus. Die Architektur der "jüdischen Ansiedlung" ist eine "völlig andere", Häuser der Juden sind "große, harmonische Palais". Ganz anders der sprachliche Duktus der wahrscheinlichen Quelle, der Expertise, die Architekt Gnaiger im Februar 1992 für den Denkmalschutzbeirat erstellt hat. "An der Ortseinfahrt über die Radetzkystraße, mit ihrer einigermaßen homogenen Baustruktur, erlebt der Besucher eine stete Steigerung, bis Hohenems beim - und

²⁰ Wie Anm. 2, S. 2-3.

²¹ "Stellungnahme des Denkmalschutzbeirates der Stadt Hohenems zu einzelnen Vorbringungen des Eigentümers des Bernheimer-Hauses in Hohenems" an das Bundesdenkmalamt, 19.9.1992, Punkt 6 (nicht pag.). Kopie im Archiv JMH.
²² Ebda, Punkt 2.

durch das Bernheimer-Haus zur 'Stadt' wird. ... Für die städtebauliche Bedeutung des Bernheimer-Hauses als Eckpunkt, Schwellen- und 'Torbau' sind bedeutsam: seine Größe, seine Lage ... sowie seine architektonische Qualität. Der Verlust all dieser Elemente würde von großem Schaden ... für die Qualität des Gesamtensembles 'Jüdisches - und Christliches Viertel' sein."²³ Der Architekt argumentiert architektonisch und städtebaulich und kommt ohne besondere Zuschreibung des Jüdischen aus. Interessant auch, daß er das gesamte historische Stadtzentrum - "Jüdisches und Christliches Viertel" im Auge hat und nicht nur die "jüdische Ansiedlung". Das Ende dieses Konfliktes wurde bereits erwähnt: Im Frühjahr 1994 wurde das Gebäude abgerissen.

Die Diskussionen, die zur Frage des Umgangs mit einzelnen Häusern des jüdischen Viertels von Hohenems geführt wurden, sind deshalb bedeutsam, weil insbesondere sie zur Wiederentdeckung der jüdischen Geschichte von Hohenems in der Stadt selbst beigetragen haben. Diese Diskussionen wurden in den politischen Gremien der Stadt geführt und daher in den lokalen und regionalen Medien ausführlich dokumentiert und vermittelt. Sie erreichten Menschen, an denen die zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zur jüdischen Geschichte des Landes ab Mitte der achtziger Jahre vorbei gegangen waren. In die Diskussionen über die Häuser, deren mögliche Unterschutzstellung oder öffentliche neue Nutzung wurden somit auch Menschen eingebunden, die die Einrichtung eines Jüdischen Museums in der Stadt zwar mitverfolgt hatten, eine solche Institution aber weder besucht noch genutzt haben.

Seit 1991: Die Sicherung der Erinnerung

Die Eröffnung des Museums im April 1991 in einer renovierten Villa des ehemaligen jüdischen Viertels ist selbst im Kontext der Wiederentdeckung der jüdischen Geschichte der Stadt zu sehen, hat aber sicher weiters zur Vertiefung des Bewußtseins für die historische Dimension der Häuser dieses Stadtteiles beigetragen. Nicht zuletzt die positive Resonanz, die die Eröffnung des Hauses außerhalb der Stadt gefunden hatte, dürfte zu diesem Umstand beigetragen haben. Es gab nun wieder eine Anknüpfung an die jüdische Geschichte der Stadt, die mit positiven Gefühlen verbunden werden konnte. Bisher hatten sich die Hohenemser aufgrund der jüdischen Geschichte ihrer Stadt oft mit Vorwürfen auseinanderzusetzen gehabt. So hatten sich die Historiker in der regionalgeschichtlichen Aufarbeitung des Antisemitismus, des Nationalsozialismus und des Holocaust und die Medien, die diese Aufarbeitung vermittelten, im "Gedenkjahr" 1988 insbesondere auf Hohenems konzentriert, da nur in diesem Ort in Vorarlberg eine jüdische Gemeinde existiert hatte. Anhand dieser Gemeinde konnte die NS-Politik gegen Juden paradigmatisch aufgezeigt und vermittelt werden. Die Hohenemser empfanden die Konzentration auf ihre Stadt in diesem Kontext umgekehrt als ungerechtfertigte Schuldzuweisung. Die Stadt hatte sich in Form von Straßenbenennungen und Erinnerungstafeln für bedeutende Hohenemser Juden auf ihre Art für die Erinnerung an die jüdische Geschichte des Ortes eingesetzt. Antisemitismus und Nationalsozialismus wollte sie damit jedoch nicht in Verbindung gebracht wissen.²⁴ Auch

²³ Kopie im Archiv JMH.

²⁴ Über die Aufnahme jüdischer Themen in das Repertoire heimatgeschichtlicher Vermittlungsarbeit durch den örtlichen Kultur- und Geschichtsverein (Kulturkreis Hohenems) ließe sich eine eigene Abhandlung schreiben. Dieser Verein hat viel

während des Aufbaus des Jüdischen Museums hatte diese Verteidigungshaltung eine große Rolle gespielt. Vehement wehrten sich Repräsentanten des örtlichen Kultur- und Geschichtsvereines im Trägerverein des Museums gegen eine Dokumentation von Antisemitismus und Nationalsozialismus in der ständigen Ausstellung. Mit derselben Vehemenz forderten sie, daß sich die Ausstellung auf die jüdische Religion und eine Dokumentation der bedeutenden Mitglieder der Hohenemser Jüdischen Gemeinde konzentrieren müsse. Die 1991 eröffnete ständige Ausstellung, die eine Dokumentation des Zusammenlebens von Juden und Christen vorsah, sich auf die Gemeinde und nicht nur auf einzelne als bedeutend erachtete Mitglieder konzentrierte und auch Antijudaismus und Antisemitismus in Hohenems nicht aus der Betrachtung ausschloß, lehnten sie ab. Die breite positive Resonanz auf die Eröffnung des Museums, die nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen war, daß kritische Inhalte der Stadtgeschichte nicht ausgeklammert worden waren, mußten aber auch sie zur Kenntnis nehmen.

Die Bedeutung des Museums in der Stadt liegt also nicht zuletzt darin, daß es die Möglichkeit für eine positive Identifikation mit der jüdischen Geschichte der Stadt bietet: zwar weniger durch die Inhalte seiner Dokumentation, aber wenigstens durch den Erfolg und die positive Resonanz, die es insbesondere auch außerhalb der Stadt gefunden hat. Diese "Aufwertung" jüdischer Geschichte in der Stadt wirkte auch im Sinne einer Neubewertung auf den lange Zeit abseits gelegenen und sehr heruntergekommenen ehemaligen jüdischen Stadtteil zurück.

Als im Zuge der Auseinandersetzungen um das Bernheimer-Haus die Frage der Unterschutzstellung des gesamten Ensembles "Jüdisches Viertel" diskutiert wurde, ging es dem Museumsteam daher schon längst nicht mehr einfach um die Frage, welchen Stellenwert der jüdischen Geschichte im kulturellen Gedächtnis der Stadt eingeräumt und inwieweit alles, was mit dieser Geschichte in Verbindung zu bringen ist, konserviert werden sollte. Es ging längst um die Frage, welche jüdische Geschichte erinnert werden soll: Lediglich die der bedeutenden und berühmten Mitglieder der ehemaligen Gemeinde oder auch die der Gemeinde als Traditionsgemeinschaft und soziales Gebilde, zu dem auch Hausierer und Gemischtwarenhändler gehörten? Sollten die Zeiten als die eines harmonischen Zusammenlebens rekonstruiert werden oder auch Vertreibungen des 17. Jahrhunderts, antisemitische Agitationen des 19. und 20. Jahrhunderts und die Vernichtung der Gemeinde und Ermordung der letzten Mitglieder nach 1938 unter Beteiligung der NS-Gemeindeverwaltung in das Bild integriert werden? Und es ging auch bereits um die Frage der Funktion und Zielrichtung der Erinnerungsarbeit: Sollte sie in erster Linie als Argumentationshilfe für Stadterneuerungs- und Revitalisierungsprojekte mit Blick auf den Aufbau eines touristisch nutzbaren Profils der Stadt dienen oder sollte sie sich jeder kommerziellen Nutzbarmachung entziehen und sich auf ihr kritisches Potential zur Begleitung und Kommentierung politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Entwicklungen konzentrieren? Oder sollte sogar letztere Möglichkeit als eine Art von Nutzbarmachung gelten und

zur Wiederentdeckung der jüdischen Geschichte des Ortes beigetragen, mit vielen Themen, die in diesem Kontext zur Sprache kamen, aber auch große Schwierigkeiten gehabt. Siehe dazu: E. Grabherr in der langen Version dieses Textes im Wiener Jahrbuch für jüdische Geschichte, Kultur & Museumswesen, Bd. 2 (1995/96), S. 57-77, Anm. 32.

Erinnerungsarbeit nichts anderes sein als - im Sinne von Alain Finkielkraut - das Bemühen, "über die Menschen, die das Wort Judentum ... bezeichnete, soviel Wahrheit wie möglich festzuhalten und weiterzugeben"²⁵

Angesichts der Frontlinien in der Diskussion über den Umgang mit den Häusern des ehemaligen jüdischen Viertels, war es für das Museum nicht einfach, sich zu positionieren: Auf der einen Seite standen die Denkmalschützer, die ehemals jüdische Häuser bewahren, aber - zumindest einige von ihnen - die Hohenemser Geschichte nicht mit Antisemitismus und Nationalsozialismus in Zusammenhang bringen wollten. Auf der anderen Seite standen deren Gegner, die im ehemaligen jüdischen Stadtteil nicht mehr sahen oder sehen wollten, als eine Reihe heruntergekommener Gebäude, und nicht verstehen konnten oder wollten, daß dieses Ensemble ein Zeugnis für einen wichtigen Teil der städtischen Geschichte sein sollte. Das Museum, zu dessen institutionellen Aufgaben es zählen würde, sich für die Bewahrung der materiellen Zeugnisse der jüdischen Geschichte einzusetzen, konnte sich in dieser Diskussion nicht einfach auf die Seite der Denkmalschützer stellen, aus deren Reihen die Gegner seiner eigenen Ausstellungsdocumentation kamen.

Erschwerend für einen Einstieg des Museums in die Diskussion wirkte sich auch aus, daß die Konfliktlinien sehr oft parteipolitisch verliefen und auch noch kaum wissenschaftliche Grundlagen für eine inhaltliche Diskussion zur Verfügung standen. Weder war die Besitzgeschichte der Häuser, die man gemeinhin zum jüdischen Viertel zählte, erforscht, noch gab es eine Studie zur Architekturgeschichte des Viertels und eine Bewertung des Stadtteils als Ensemble.

Auslösender Faktor für den Einstieg des Museums in den schwelenden Konflikt im Frühjahr 1993 war schließlich die Bemühung des Denkmalschutzbeirates der Stadt, die Unterschutzstellung auf das gesamte Ensemble des ehemaligen jüdischen Viertels auszudehnen. Ohne die Bewohner- und BesitzerInnen ausreichend über diese Vorgänge informiert zu haben, wurden sie von der Stadt Hohenems über diesbezügliche Pläne des Bundesdenkmalamtes unterrichtet. Einige fürchteten den Verlust von Handlungsspielraum, andere wehrten sich gegen die bevormundende Vorgangsweise in dieser Sache. Die Stimmung im Viertel begann sich auch gegen das Museum als Symbol dieser Aufwertung der jüdischen Geschichte der Stadt und der damit verbundenen Neubewertung des alten jüdischen Stadtteils zu richten. War bereits das Jüdische Museum vielfach als eine von außen aufgedrängte Institution empfunden worden, erlebte man nun auch die Arbeit des Bundesdenkmalamtes als eine sich über die Köpfe der Bevölkerung hinwegsetzende Aktion. Die spürbare Verschlechterung der Kommunikation innerhalb des Stadtteils war für das Museumsteam der letzte Anstoß, sich der Diskussion zur Frage des Umgangs mit dem ehemaligen jüdischen Viertel der Stadt anzunehmen.

Die Projektreihe *Ein Viertel Stadt*

25 A. Finkielkraut: Der eingebildete Jude, München-Wien 1982 (Originaltitel: Le Juif imaginaire, Editions du Seuil 1980), S. 202.

In diesem Kontext entstand das Projekt *Ein Viertel Stadt*, das zu einer Versachlichung der Diskussion, einer Verbesserung der Kommunikation zu den Bewohner- und BesitzerInnen der Häuser des Stadtteils sowie zu einer breiten Bewußtseinsbildung für die historische Dimension des Viertels führen sollte. Das Projekt umfaßte wissenschaftliche Grundlagenarbeit (siehe dazu die Aufsätze von Sabine Folie und Hans Gruber in dieser Publikation), Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und kulturelle Aktionen im Stadtteil selbst. Zunächst aber mußte das Museum seine Rolle in dieser Diskussion definieren. Mehrere Möglichkeiten standen dabei zur Disposition: Sollte es seine Expertenfunktion und seine Autorität in Fragen der jüdischen Geschichte der Stadt betonen und versuchen, seine Position in der Diskussion durchzusetzen. Oder: Sollte es sich lediglich als eine von vielen Stimmen in der Diskussion engagieren und vielmehr die Aufgabe übernehmen, die Diskussion auszuweiten, zu moderieren und so an einer Bewußtseinsbildung für die historische Dimension des Viertels zu arbeiten. Das Museumsteam entschied sich für die zweite Möglichkeit. In ihr erkannte man das Potential für eine stärkere Integration der Institution in die Stadt. Das Museum wollte sich als eine Institution etablieren, die sich an einer innerstädtischen Diskussion beteiligt, seine Expertisen in die Auseinandersetzung einbringt, aber auch Stimmen und Positionen von außen zur gegebenen Fragestellung vermittelt. Es baute damit nicht lediglich auf eine Diskussionshoheit in Sachen jüdischer Geschichte und Bewahrungskultur, die ihm als Museum vielleicht zugestanden worden wäre, sondern setzte auf einen Bewußtseins- und Meinungsbildungsprozeß, um zu breit getragenen Ergebnissen in der Diskussion zur Frage des Umgangs mit dem kulturellen Erbe der jüdischen Geschichte der Stadt zu kommen. Das entsprach auch dem generellen Ziel, das sich das Jüdische Museum in seiner Arbeit gestellt hat: die jüdische Geschichte wieder in das kollektive Gedächtnis der Stadt zu integrieren.

Diesem Leitbild entsprechend, konnte man sich daher nicht lediglich auf die materielle Erhaltung der Häuser als Monumente und Medien der Konstituierung eines kollektiven Gedächtnisses konzentrieren, sondern mußte in demselben Ausmaß die Menschen der Stadt als die Träger dieses Gedächtnispotentials berücksichtigen. Die materielle Erhaltung der Häuser des jüdischen Viertels per gesetzlicher Verordnung im Rahmen des Denkmalschutzes aber gegen das Bewußtsein und die Interessen der Menschen, die in den Häusern und der Stadt leben, wäre dem generellen Ziel der Museumsarbeit - der Integration der jüdischen Geschichte in das kulturelle Gedächtnis der Stadt - diametral entgegengelauten.